Die bereits erfolgte Umsetzung der Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Plus) sowie in der der Kulturförderung bedeutet folgendes:

- Schulprojekte der Außerschulischen Bildung entfallen. Damit wird die Kooperation mit Schulen nicht mehr in dem gewohnten Umfang stattfinden. Das Konzept Jugendhilfe Schule ist von Seiten der offenen Kinder und Jugendfreizeiteinrichtungen nicht mehr umzusetzen.
- Die Kinder und Jugendlichen haben damit keine Möglichkeit außerhalb der Schule Projekte zu machen, die dafür sorgen, Ungerechtigkeiten durch verminderte Teilhabechancen auszugleichen. Sie finden keinen Zugang mehr zu außerschulischen Kultur- und Bildungsorten, zu Ferienfreizeiten, zu Sport und Bewegungsangeboten außerhalb von Sportvereinen, zu Sportstätten wie Fußballplätzen und Schwimmbad, zu Festivals im öffentlichen Raum (Jugendaktionsfläche Bassinplatz, Platte...), Medienbildung. Damit haben sie außerhalb von Schule, Familie und Hilfen zur Erziehung keine geschützten und pädagogisch begleiteten Möglichkeiten zum Sozialen Lernen, neue Freund*innen zu finden, Demokratiebildung, Strategien zur gewaltfreien Konfliktlösung, und Vermittlung und Beratung zu Hilfsangeboten in bestimmten Problemlagen. Dies betrifft schon jetzt insbesondere:
 - Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem geringen Familieneinkommen
 - mit Flucht und Migrationsgeschichte
 - mit psychischen Beeinträchtigungen
 - mit körperlichen Beeinträchtigungen
 - mit Behinderungen
 - queere Jugendliche

Das bedeutet, dass die Gesellschaft sich noch stärker spaltet, dass Kinder und Jugendliche sich selbst überlassen werden und sich kriminellen und rechtsextremen Gruppierungen anschließen. Sie werden gewaltbereit, verweigern die Schule, bekommen schlechtere Abschlüsse und damit schlechte Zukunftsaussichten.

Für Kinder- und Jugendliche, die von mehreren dieser Problemlagen gleichzeitig betroffen sind bedeutet dies u.A.:

- psychische Krankheit, Medikamenteneinnahme, Drogenmißbrauch, Einsamkeit und Depression, selbstverletzendes Verhalten, Angststörungen.

Die finanziellen Folgekosten landen bei den Hilfen zur Erziehung, im Gesundheitsbereich, bei der Polizei, in der Jugendgerichtshilfe und in der stationären Verwahrung.

Die angedrohte Schließung von 4 Einrichtungen im Jahr 2027 bedeutet eine große zusätzliche Verunsicherung bei Kindern und Jugendlichen, Familien und Fachkräften.

Wir als AKKJ fordern die Rücknahme der bereits erfolgten und geplanten Kürzungen im Bereich der Jugendförderung, Jugendhilfe und im Bereich der Soziokultur.